

Marcus Scheiblecker

Konjunkturabschwächung in den Schwellenländern belastet heimischen Export

Konjunkturabschwächung in den Schwellenländern belastet heimischen Export

Die österreichische Wirtschaft wuchs im II. Quartal 2015 gegenüber dem Vorquartal um 0,3% und damit etwas stärker als in der Vorperiode (I. Quartal +0,2%). In den Schwellenländern flaut die Konjunktur immer weiter ab: Chinas Wirtschaft verliert weiter an Kraft, und Brasilien und Russland befinden sich in einer Krise. In den USA wächst die Wirtschaft weiterhin robust ohne nennenswerte Schwankungen. In Europa verbessert sich die Lage anhaltend, wenn auch nur graduell. Die weitere Entwicklung der Binnen-nachfrage in der EU entscheidet über das Wachstumstempo der heimischen Wirtschaft.

Economic Downturn in Emerging Market Economies Weighing on Austrian Exports

The Austrian economy grew by 0.3 percent in the second quarter of 2015, compared with the previous quarter, slightly more briskly than in the previous three months (first quarter +0.2 percent). Economic activity in emerging market economies is slackening further: China's economy continues to lose momentum, and Brazil and Russia are mired in crisis. The USA is experiencing ongoing robust growth with no major fluctuations. In Europe, the situation continues to improve, albeit only gradually. Developments of domestic demand in the EU going forward will determine the pace of growth of the Austrian economy.

Kontakt:

Mag. Dr. Marcus Scheiblecker WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <http://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf> • Abgeschlossen am 10. August 2015.

Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann (Christine.Kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (Martha.Steiner@wifo.ac.at)

In den Schwellenländern scheint sich die Konjunktur weiter abzuschwächen. Die Dynamik lässt in China weiter nach; die Unsicherheit über die weitere Entwicklung löste heftige Kursausschläge an den chinesischen Börsen aus. In Brasilien, dem größten Land Lateinamerikas, dauert die Krise an, und Russlands Wirtschaft leidet neben dem Verfall der Rohstoffpreise unter den Folgen der Sanktionen von EU und USA wegen der Ukraine-Krise.

Auf dem wichtigsten Überseemarkt Österreichs, den USA, expandiert die Wirtschaft weiterhin kräftig. Das BIP stieg im II. Quartal gegenüber der Vorperiode um 0,6% und damit weiterhin dynamisch. Die Unternehmensumfragen deuten auf ein Anhalten der günstigen Entwicklung auch in naher Zukunft hin. Die Nachfrage aus den USA ist zur Zeit die wichtigste Stütze des heimischen Exports.

Die Wirtschaft der EU befindet sich weiter auf einem trägen Aufwärtspfad, wobei sie in Ostmitteleuropa stärker expandiert als in den anderen EU-Ländern. Im Euro-Raum verläuft die Konjunktur recht unterschiedlich, wobei die Wirtschaft vor allem in jenen Ländern wächst, die eine robuste Inlandsnachfrage aufweisen. Die außergewöhnlichen Maßnahmen der EZB in Form von umfangreichen Ankäufen von Staatsanleihen aus den Euro-Ländern zeigen bislang keine Wirkung auf die Inflation, welche seit einigen Monaten nur knapp über der 0%-Marke liegt, allerdings bessert sich die Investitionstätigkeit über die Baunachfrage stetig.

In Österreich verharrt die Wirtschaftsentwicklung weiterhin knapp über einer Stagnation. Während die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aus dem In- und Ausland der heimischen Konjunktur auch im II. Quartal noch keine Impulse verlieh, wurde die Produktion dennoch etwas stärker ausgeweitet als im I. Quartal. Das BIP stieg im II. Quartal gegenüber dem Vorquartal real um 0,3%, wobei die vermehrte Produktion in den Lagerbestand floss. Der Konsum stieg nur wenig, und die Investitionen dämpften die Entwicklung leicht. Die Unternehmensumfragen weisen weiterhin auf keine

deutliche Beschleunigung des Produktionswachstums in den kommenden Monaten hin, wie dies üblicherweise in einer Aufschwungsphase zu erwarten ist. Das anhaltend geringe Wachstum weist seit dem II. Quartal 2011 keinerlei konjunkturbedingte Abweichungen nach oben oder unten auf. Dies gilt insbesondere für die Industrieproduktion – ein Phänomen, das sich auch in Deutschland und den USA zeigt und im Widerspruch zur Einschätzung von Lage und Entwicklung dieses Wirtschaftsbereichs in den Unternehmensbefragungen steht. Da die aktuelle Konjunkturverbesserung im Euro-Raum entgegen früheren Erfahrungen neben den Bauinvestitionen von der Konsumnachfrage ausgeht und die heimische Exportproduktpalette eher auf Ausrüstungsgüter fokussiert ist, hinkt die heimische Wirtschaft dem europäischen Zyklus weiterhin hinterher.

Zwar liegt die Inflationsrate in Österreich mit 1,0% im Juni immer noch deutlich über dem Durchschnitt des Euro-Raumes, das weitaus größere Problem ist aber die hohe Arbeitslosigkeit. Aufgrund des schwachen Wirtschaftswachstums bei steigendem Angebot an Arbeitskräften erhöht sich die Zahl der Arbeitslosen weiter. Mit knapp 320.000 Arbeitslosen (+33.500 gegenüber dem Vorjahr) meldete das AMS den bisher höchsten Juli-Bestand.

1. Weitere Abschwächung der Dynamik in den Schwellenländern

In China, der weltweit zweitgrößten Volkswirtschaft, drohen Probleme auf den Finanz- und Kapitalmärkten die Binnenwirtschaft zu belasten, nachdem auch der Außenhandel seine Triebkraft weitestgehend eingebüßt hat. Russland und Brasilien verharren in der Krise.

Nachdem sich das Trendwachstum in China in den vergangenen Jahren schrittweise abschwächte, zeigen sich seit kurzem auch vermehrt Tendenzen eines Konjunkturabschwunges. Die Dynamik des Exports ließ seit Jahresbeginn deutlich nach. Die Warenausfuhr nahm im 1. Halbjahr 2015 nur mehr 1% zu. Die schleichende Aufwertung gegenüber dem Dollar bis Anfang 2014 scheint die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte auf den internationalen Märkten nachhaltig getrübt zu haben. Seither blieb zwar der Wechselkurs weitgehend stabil, jedoch wertete der Dollar gegenüber vielen anderen Währungen auf und mit ihm auch der Renminbi. Als Reaktion darauf wertete China seine Währung am Anfang August 2015 gegenüber dem Dollar um 2% ab.

Die von der chinesischen Zentralregierung zur Stützung der Wirtschaft eingeleitete Strategie der Förderung der Binnennachfrage zeigte bislang nur begrenzt Wirkung. Die starke Verschuldung der Regionen und Gemeinden wie auch vieler Unternehmen erhöht die Unsicherheit auf den Finanzmärkten, der die Zentralbank durch mehrmalige Senkung des Leitzinssatzes seit Anfang 2015 begegnete. Aufgrund der zunehmenden Verunsicherung verfielen die Aktienkurse deutlich. Mitte Juni verlor der Aktienindex der größten chinesischen Börse innerhalb weniger Wochen über 30% seines Wertes. Die Regierung sah sich zur Aussetzung des Handels vieler Titel und zu Stützungskäufen gezwungen, jedoch verblieben die Kurse unter großen Schwankungen etwa auf diesem Niveau.

Diese Situation erschwert die Finanzierung von Investitionen und dürfte die Binnennachfrage auch durch eine Schwächung der Konsumnachfrage beeinträchtigen, da breite Bevölkerungsschichten ihre Ersparnisse in Form von Aktien halten. Beide Nachfragekomponenten dämpfen den Importbedarf und belasten daher die Weltwirtschaft. Der Warenimport Chinas brach im 1. Halbjahr 2015 um fast 17% ein.

In Brasilien, der größten Volkswirtschaft Lateinamerikas, hält die Wirtschaftskrise seit Mitte 2013 an. Im I. Quartal 2015 sank die Wirtschaftsleistung erneut. Die internationale Schwäche der Nachfrage nach Rohstoffen belastet die Entwicklung weiterhin. Seit Anfang 2015 stieg die Arbeitslosenquote von rund 5% auf knapp 7% im Juni, und der Real verlor gegenüber dem Dollar rund 20% seines Wertes. In der Folge stieg die Inflationsrate im selben Zeitraum von 7% auf rund 9%.

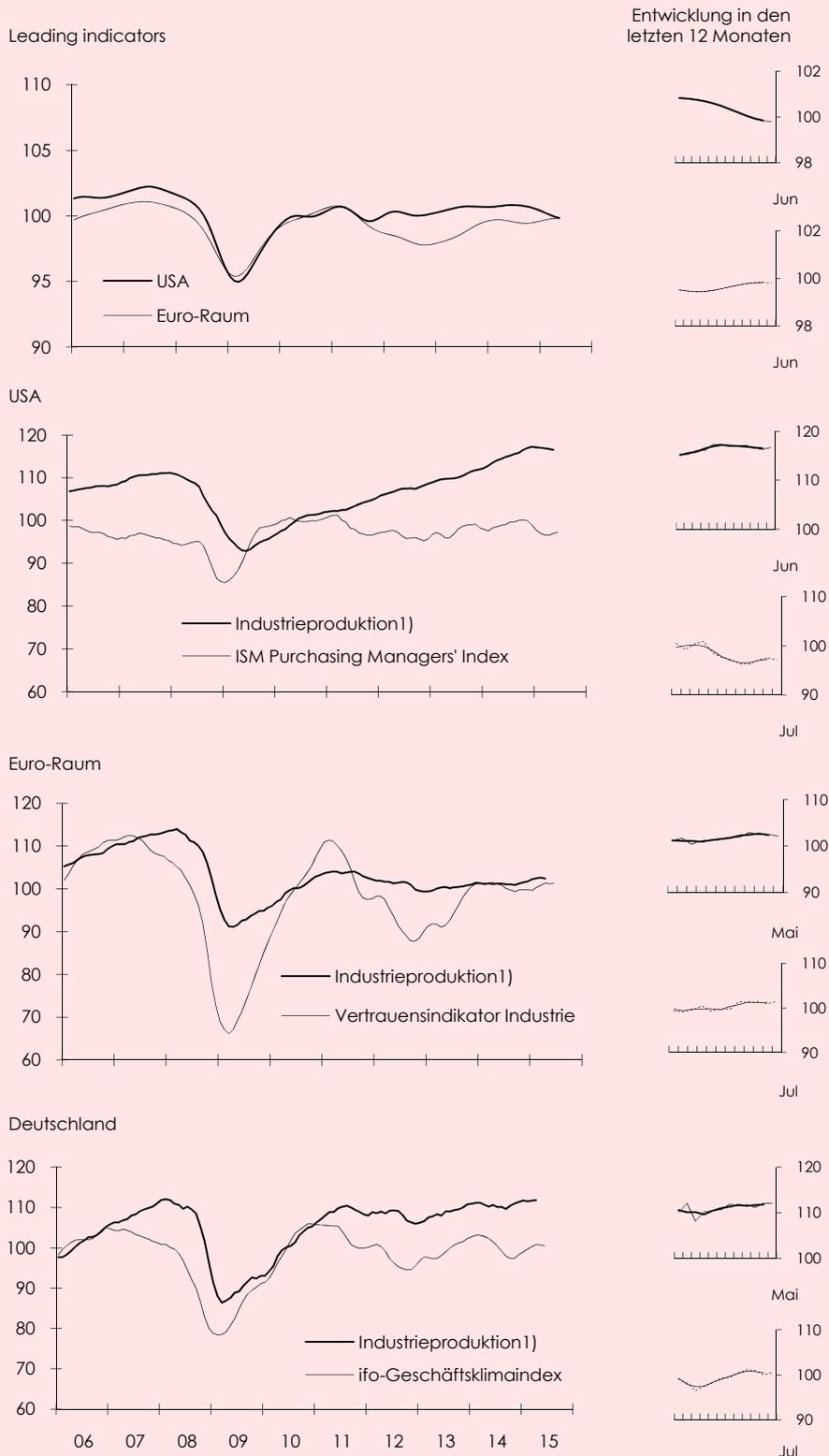
Die in den letzten Monaten beobachtete Verringerung des Welthandelsvolumens könnte andauern.

Die russische Wirtschaft schrumpfte im I. Quartal 2015 das dritte Mal in Folge, wobei sich die Abwärtsdynamik weiter beschleunigte. Der Verfall der Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten belastet gemeinsam mit den negativen Effekten der im Zuge des Ukraine-Konfliktes verhängten Sanktionen die Wirtschaft. Bereits 2014 sank der Wert österreichischer Warenexporte nach Russland um 8%, Russlands Anteil an der österreichischen Warenausfuhr verringerte sich damit auf 2,5%. Seit Anfang 2015

war ein weiterer Rückgang um fast 40% zu beobachten. Infolge des hohen Wertverlustes des Rubels gegenüber Dollar und Euro im 2. Halbjahr 2014 schnellte die Inflation in Russland hinauf. Seit dem Höchstwert von fast 17% im März 2015 war nur ein leichter Rückgang zu beobachten.

Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2010 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD. – 1) Produzierender Bereich.

2. Wirtschaft der USA weiterhin stark

Die USA könnten Italien bald als Österreichs zweitwichtigster Warenexportmarkt ablösen.

Gemäß der Erstschätzung stieg das BIP der USA im II. Quartal 2015 mit real +0,6% recht kräftig; der Wert für das I. Quartal wurde von -0,2% auf +0,2% revidiert. Im II. Quartal stützte sich das Wachstum im Wesentlichen auf den Konsum der privaten Haushalte, während die Investitionsnachfrage nach dem starken Anstieg in der Vorperiode stagnierte. Auch Außenhandel und öffentlicher Konsum trugen zum Wachstum bei.

Die Industrieproduktion wächst seit 2010 weiterhin sehr gleichmäßig ohne jede Konjunkturschwankung (siehe Kasten). In der ersten Jahreshälfte 2015 verringerte sich die Dynamik leicht, jedoch weist der Purchasing Managers' Index auf eine weitere Zunahme in den kommenden Monaten hin.

Im Juni 2015 war erstmals seit vier Monaten wieder ein Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, die Inflationsrate erhöhte sich auf 0,1%. Angesichts dieser Entwicklung zögert die Fed ihre angekündigte und von den Märkten schon seit längerer Zeit erwartete Leitzinssatzerhöhung weiter hinaus. Die Federal Funds Rate liegt seit Ende 2008 unverändert knapp über 0%. Die Arbeitslosenquote sinkt anhaltend und erreichte im Juni mit 5,3% den niedrigsten Stand seit 2008.

Die USA waren auch im abgelaufenen Jahr Österreichs drittwichtigster Warenabsatzmarkt mit einem Anteil von 6,1% und Exportsteigerungen von über 10%. Nur wenig höher ist der Anteil Italiens mit 6,4%. Wenn die Ausfuhr nach Italien weiter stagniert, könnten die USA bald zu Österreichs zweitwichtigstem Warenabsatzmarkt aufrücken.

3. Europas Wirtschaft erholt sich weiter

Sowohl in der EU insgesamt als auch in den Ländern des Euro-Raumes hält die Besserung der Wirtschaftslage an. Das Wachstum konzentriert sich auf jene Länder, die eine robuste Inlandsnachfrage aufweisen. In Ostmitteleuropa expandiert die Wirtschaft weiterhin stärker als in den anderen EU-Ländern.

In Europa erholt sich die Wirtschaft seit dem Vorjahr. Das Wachstum beschleunigte sich in der EU zwar im I. Quartal nicht (IV. Quartal 2014 und I. Quartal 2015 jeweils +0,4%), jedoch federte die auflebende Binnennachfrage den belastenden Einfluss der Außenwirtschaft ab. Seit dem IV. Quartal 2014 wächst die Wirtschaft in der EU insgesamt und im Euro-Raum wieder im Gleichklang; dabei glich die kräftigere Dynamik der nicht der Währungsunion angehörenden Länder Ostmitteleuropas das unterdurchschnittliche Wachstum Großbritanniens im I. Quartal 2015 (+0,3%) aus. Besonders stark expandierte die Wirtschaft in Tschechien (+3,1%), Rumänien (+1,6%), Polen (+1,0%), Bulgarien (+0,9%), Ungarn, Slowakei und Slowenien (+0,8%). Verhalten blieb die Entwicklung lediglich in den baltischen Ländern aufgrund der geographischen Nähe zu Russland.

Für den Euro-Raum liegen noch kaum Ergebnisse zum Wirtschaftswachstum im II. Quartal 2015 vor – neben Österreich nur für Spanien, wo sich der Aufschwung im II. Quartal 2015 weiter verstärkte (I. Quartal +0,9%, II. Quartal +1,0%). Die spanische Wirtschaft wird zur Zeit ähnlich wie die deutsche von der Inlandsnachfrage getrieben, während außenwirtschaftliche Impulse eine untergeordnete Rolle spielen.

Wenngleich sich die Industrieproduktion im Euro-Raum von März bis Mai 2015 ungünstig entwickelte, wies der Wirtschaftsklimaindex im Juli auf eine anhaltende mäßige Expansion hin. Sie ist allerdings zu gering, um die nach wie vor sehr hohe Arbeitslosenquote (seit April unverändert 11,1%) zu drücken.

Die Geldpolitik setzt anhaltend auf die außergewöhnlichen Maßnahmen des Ankaufs von Staatsschuldverschreibungen, um die Wirtschaft zu stimulieren und die Inflationsrate zu ihrem Zielband anzuheben. Das günstige Zinsumfeld soll nicht nur Investitionen erleichtern und Konsumausgaben über niedrige Kredit- und Sparzinssätze ankurbeln, sondern auch die öffentlichen Haushalte über niedrigere Zinsaufwendungen entlasten. Die aufkeimende Binnennachfrage könnte davon in Zukunft vermehrt profitieren.

Die Inflationsrate liegt im Euro-Raum bereits seit einem Jahr unter 0,5%. Zwar scheint die Deflationsphase vorerst überwunden zu sein, jedoch verharrt die Rate seit Mai

bei rund ¼%. Von den Rohstoffmärkten sind zur Zeit eher preissenkende als preistreibende Effekte zu erwarten. Der Erdölpreis, der sich von seinem Tief Anfang 2015 wieder leicht erholt hatte, fiel im Juli wieder auf rund 50 \$ je Barrel zurück. Der Dollar-Euro-Wechselkurs dürfte sich seit Anfang März auf einem neuen Niveau von rund 1,1 \$ je Euro stabilisiert haben und verändert sich seither kaum.

Wachstum ohne zyklische Bewegungen

Die Rezession 2008/09 verursachte in fast allen Volkswirtschaften einen Strukturbruch im Produktionspotential, der bislang nicht durch einen Konjunkturrückschwung wettgemacht wurde. Selbst in den Ländern, in denen die Wachstumsrate auf ein ähnliches Niveau wie vor der Krise zurückkehrte, wie z. B. in den USA blieb die durch die Wirtschaftskrise verursachte Niveauverschiebung bestehen. In Deutschland oder Österreich trat nach der Krise zwischen 2009 und 2011 ein Konjunkturrückschwung ein, der allerdings die entstandene Outputlücke nicht vollkommen schließen konnte. In beiden Ländern nahm die Industrieproduktion danach einen neuen niedrigeren Wachstumspfad auf. Mögliche Ursachen dieses Problems und ihre Beseitigung werden in Wissenschaft und Politikberatung intensiv diskutiert¹⁾. Gegenüber den mit einem niedrigeren Wachstumspfad verbundenen Problemen trat das ebenfalls beobachtete Ausbleiben von Konjunkturbewegungen in den Hintergrund der Diskussion.

Bereits vor der Rezession 2008/09 befasste sich die Literatur mit dem Phänomen fehlender Konjunkturzyklen²⁾. Teilweise wurde es einer verbesserten Feinsteuerung der Wirtschaft durch eine bessere Wirtschaftspolitik zugeschrieben³⁾. Andere Autoren argumentieren, verbesserte Informationstechnologien hätten Veränderungen der Lager, eine der Triebfedern von Konjunkturschwankungen, durch bessere Planbarkeit im Produktionsprozess (just-in-time production) gedämpft⁴⁾.

Der Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beendete dann abrupt die Diskussion um den Verlust zyklischer Bewegungen der Produktion. Der durch eine Finanzmarktblase ausgelöste Wirtschaftseinbruch war sogar schärfer als jener, der die große Depression der 1920er-Jahre ausgelöst hatte. In einigen Ländern trat, wie für einen Konjunkturzyklus üblich, ein – wenn auch oft nur teilweiser – Rückschwung ein. Seither ist allerdings wieder in einigen Volkswirtschaften ein Fehlen zyklischer Schwankungen mit einer Periode von einigen Jahren festzustellen. Dies gilt vor allem für jene Komponente der volkswirtschaftlichen Produktion, die am stärksten von Konjunkturschwankungen beeinflusst werden sollte: die Industrieproduktion.

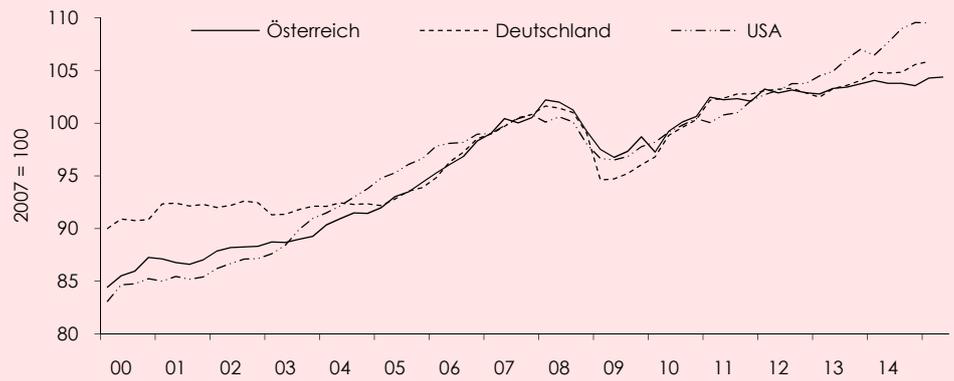
Wie Abbildung 1 für das BIP der USA, Deutschlands und Österreichs zeigt, setzte nach dem Platzen der "dot-com-Blase" ein stetiger Wachstumspfad ein, der erst durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise unterbrochen wurde. Im Anschluss trat in den USA ein sehr verhaltener und unvollständiger (kein Schließen der Produktionslücke) Konjunkturrückschwung ein. Seit 2011 verläuft der Pfad wieder stetig nach oben, lässt aber neuerlich Konjunkturschwankungen vermissen. In Deutschland und Österreich ist nach der Krise ein stärkerer Rückschwung zu erkennen, jedoch verläuft die Entwicklung seither ähnlich schwankungsfrei wie in den USA, wenn auch mit einem geringeren Trendwachstum.

Noch besser ist dieses Phänomen anhand der Industrieproduktion zu erkennen (Abbildung 1), die in der Vergangenheit größeren konjunkturbedingten Schwankungen unterlag als das BIP. Sowohl vor der Krise als auch danach fehlen diese Schwankungen aber. Dieser Mangel an Konjunkturschwankungen in der Industrieproduktion steht allerdings im Gegensatz zu den ebenfalls abgebildeten Konjunkturmfragen dieses Wirtschaftsbereiches, die sehr deutlich mehrjährige Zyklen widerspiegeln.

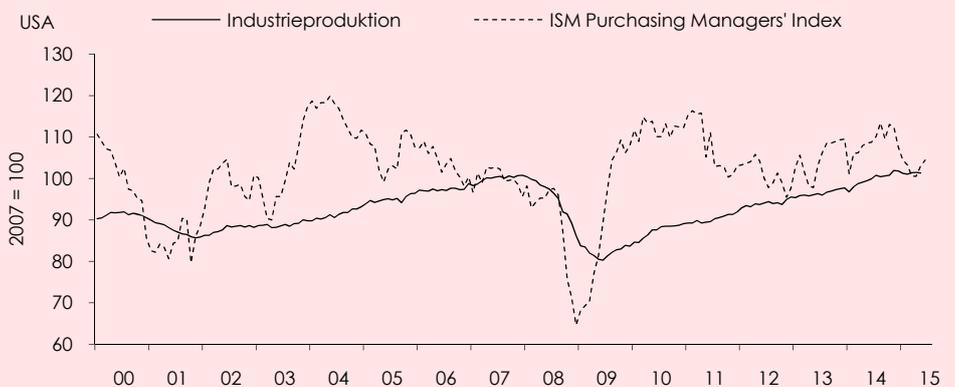
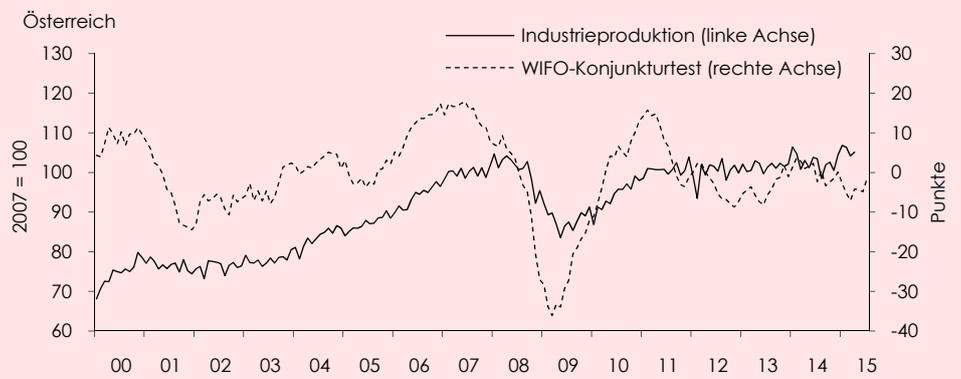
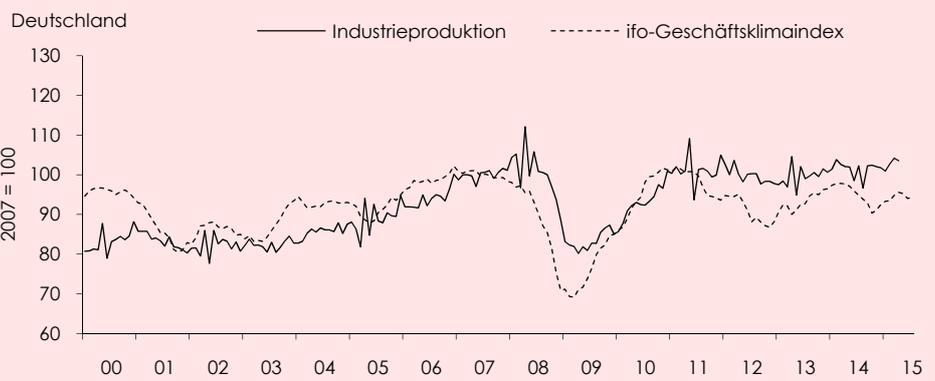
1) Z. B. IWF, "Lower Potential Growth: A new reality", World Economic Outlook, 2015. – 2) Stock, J., Watson, M., "Has the business cycle changed and why?", NBER Macroeconomics Annual, 2002, <http://www.nber.org/chapters/c11075.pdf>. – 3) Bernanke, B., The Great Moderation, Federal Reserve, Washington, D.C., 2004, <http://www.federalreserve.gov/BOARDDOCS/SPEECHES/2004/20040220/default.htm> (abgerufen am 15. April 2011). – 4) The New York Times, "Origins of 'The Great Moderation'", 23. Jänner 2008, http://www.nytimes.com/2008/01/23/business/23leonside.html?ref=business&_r=1&_

Abbildung 2: Wirtschaftswachstum, Industrieproduktion und Geschäftsklima

Bruttoinlandsprodukt, real, saison- und arbeitstägig bereinigt



Industrieproduktion und Geschäftsklima¹⁾



Q: Eurostat, ifo, ISM, OECD, WIFO. – ¹⁾ Herstellung von Waren (NACE 2008, Abschnitt C).

4. Nachfrageschwäche hält in Österreich an

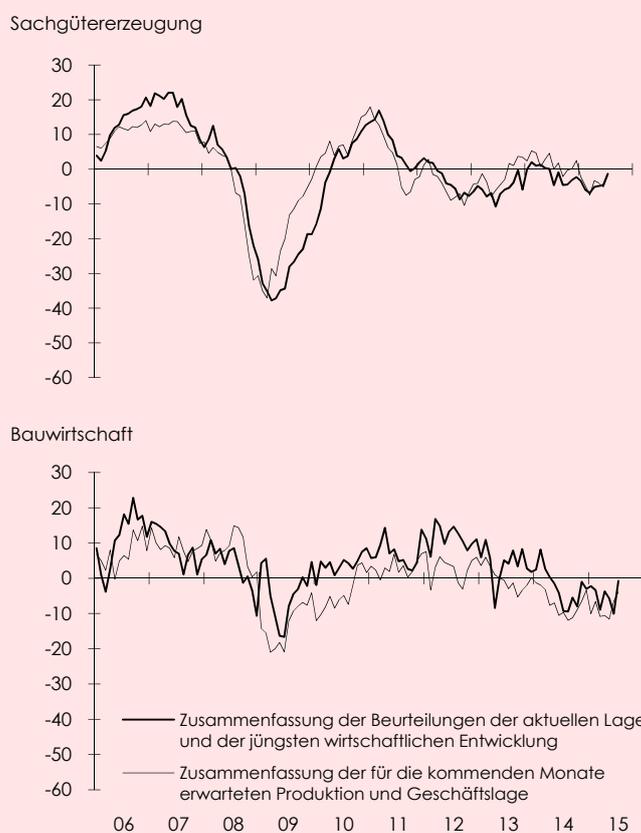
Seit Mitte 2014 gewinnt die Wirtschaftsentwicklung in Österreich immer mehr an Schwung, ohne jedoch eine konjunkturgetriebene Aufwärtsdynamik zu zeigen. Nach ersten Berechnungen erhöhte sich das BIP im II. Quartal 2015 gegenüber der Vorperiode real um 0,3% und damit etwas stärker als im I. Quartal (+0,2%). Sämtliche Nachfragekomponenten entwickelten sich allerdings nach wie vor schwach.

Im Euro-Raum beruht das Wachstum zur Zeit auf einer Zunahme der Nachfrage nach Konsumgütern und Bauten. Üblicherweise gehen die ersten Konjunkturimpulse entweder vom Außenhandel oder den Ausrüstungsinvestitionen aus. Da die österreichische Exportwirtschaft kaum Konsumgüter im einkommenselastischen Bereich erzeugt, profitiert Österreich nicht von der Zunahme der Auslandsnachfrage. Erst wenn die Nachfragebelebung die Investitionen anregt, ist mit einer Besserung der Konjunkturlage auch in Österreich zu rechnen.

Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft bleibt nach wie vor gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes zurück. Entgegen früheren Erfahrungen kommen die ersten Konjunkturimpulse diesmal nicht vom Außenhandel und den Ausrüstungsinvestitionen, sondern vom privaten Konsum und der Baunachfrage. Deshalb ist die heimische Wirtschaft derzeit nicht Vorreiter, sondern Nachzügler.

Abbildung 3: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Indizes der aktuellen Lagebeurteilung und der unternehmerischen Erwartungen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über 0 zeigen insgesamt positive, Werte unter 0 negative Erwartungen an.

Der Konsum der privaten Haushalte in Österreich gewann im II. Quartal kaum an Dynamik und wuchs nur sehr mäßig. Die Ersparnis durch die niedrigeren Treibstoffpreise floss bislang nicht in den Konsum. Offenbar waren die privaten Haushalte noch nicht von der Nachhaltigkeit dieser Verbilligung überzeugt. Auch die Steuerreform, deren Volumen im II. Quartal bereits bekannt wurde, veranlasste die Haushalte nicht zu Vorziehkäufen in Erwartung der Einkommensenlastung. Die Inflation blieb hingegen im Juni mit 1% recht hoch und belastete die real verfügbaren Einkommen. Die realen Einzelhandelsumsätze entwickeln sich dennoch seit Jahresbeginn etwas dynamischer als in den Jahren zuvor (Juni +3,7% gegenüber dem Vorjahr). Allerdings waren laut Statistik Austria die größten Steigerungen in den nicht konjunktursensiblen Berei-

Der niedrigere Erdölpreis, die Schwäche des Euro und das niedrige Zinsniveau wirken bislang nicht stimulierend auf Österreichs Wirtschaft.

chen wie Apotheken, Kosmetika und Lebensmittel zu verzeichnen, während die Umsätze mit Möbeln, Heimwerkerbedarf und Elektrowaren ebenso rückläufig waren wie jene mit Bekleidung und Schuhen.

Das Konsumentenvertrauen trübte sich in den letzten Monaten wieder deutlich ein und sank fast auf die Tiefstwerte der letzten Jahre. Auch der Rückgang der Pkw-Neuzulassungen (1. Halbjahr 2015 –3% gegenüber dem Vorjahr) spiegelt die geringe Konsumbereitschaft wider.

Die Bruttoanlageinvestitionen waren im II. Quartal anhaltend rückläufig, primär wegen der Schwäche der Bauinvestitionen. Die Ausrüstungsinvestitionen, die in den Vorperioden deutlich zurückgegangen waren, nahmen hingegen erstmals wieder etwas zu. Wie der WIFO-Konjunkturtest zeigt, sind die Erwartungen der Unternehmen zur künftigen Geschäftslage nach wie vor ungünstig und belasten die Investitionsbereitschaft weiterhin. Zwar stieg der Indikator im Juli zum zweiten Mal in Folge geringfügig, blieb aber auf unterdurchschnittlichem Niveau.

Auch die Außenwirtschaft verleiht der österreichischen Wirtschaft zur Zeit keine Impulse. Der reale Export war im II. Quartal gegenüber der Vorperiode sogar leicht rückläufig (–0,1%), der Import stagnierte. Vor allem der Warenhandel drückte das Ergebnis, während der Export von Dienstleistungen zunahm.

Von Jänner bis Mai sank die Warenausfuhr gemessen an ihrem Wert um 0,2%. Während die Exporte in Drittländer um 1% ausgeweitet wurden, sanken jene in die EU um 0,7%. Das Muster der Ausfuhrentwicklung in Drittländer entsprach der jeweiligen Konjunkturlage in der Region: Während die Warenexporte nach Nordamerika in den ersten fünf Monaten 2015 um 17% wuchsen, gingen jene nach Asien (ASEAN-Gruppe) um 3,5% und jene nach Südamerika (Mercosur-Länder) um 2,3% zurück. Der Warenhandel mit Russland, Österreichs elftichtigstem Absatzmarkt, brach im selben Zeitraum um knapp 40% ein.

Das Exportergebnis mit der EU wurde vor allem durch den Rückgang der Lieferungen in die Länder der EU 15 um fast 3% (Jänner bis Mai 2015) belastet. Auf den wichtigen Absatzmärkten in Ostmitteleuropa (MOEL 5) wurden hingegen um knapp 5% mehr Waren abgesetzt als im Vorjahr.

4.1 Guter Beginn der Sommersaison im Tourismus

In den ersten zwei Monaten der Sommersaison 2015 stiegen die Einnahmen im österreichischen Tourismus gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um 1,2%. Damit wurde ein Volumen von 3,15 Mrd. € erzielt. Preisbereinigt waren die Umsätze rückläufig, der Qualitätsindikator "realer Aufwand je Nächtigung" sank um 1,9%.

Die Zahl der Übernachtungen erreichte im Mai und Juni 2015 insgesamt 17,14 Mio. und überstieg damit das Vorjahresniveau um 2,1%. Die Nachfrage der internationalen Gäste (65,0% der Gesamtnächtigungen) entwickelte sich insgesamt dynamisch (+3,7%), während die Übernachtungen von inländischen Reisenden um 0,7% abnahmen. Kräftige Wachstumsimpulse für die Nächtigungsnachfrage gingen neuerlich vom Städtetourismus aus (Wien +6,2%, Österreich ohne Wien +1,4%).

Die stärksten Zuwächse gegenüber der Vorjahresperiode ergaben sich für die Nächtigungen von Gästen aus den USA (+10,2%), aus Schweden (+10,1%) und Italien (+7,9%). Deutlichere Einbußen waren auf den Herkunftsmärkten Frankreich (–5,2%), Belgien (–10,2%) und besonders Russland (–30,2%; EU-Sanktionen, Abwertung des Rubels) zu verzeichnen.

4.2 Inflation stabil bei 1%

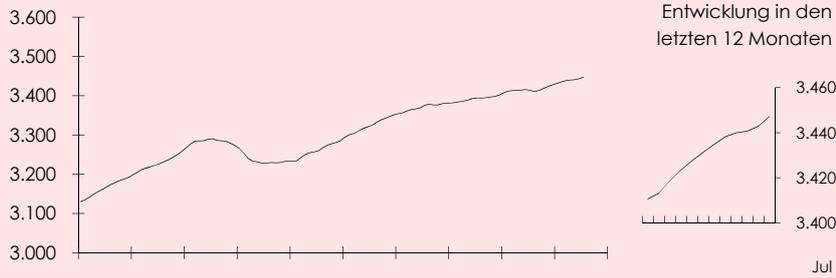
Die Verbraucherpreise stiegen in Österreich im Juni laut Statistik Austria das vierte Mal in Folge im Jahresvergleich um 1%. Im Durchschnitt des Euro-Raumes beschleunigte sich die Inflation in den letzten vier Monaten von –0,1% auf 0,2%, sodass sich der Abstand zu Österreich etwas verringerte. Wie in den Vormonaten war der höchste Preisauftrieb in Österreich in den Bereichen "Restaurants und Hotels" und "Wohnen, Wasser und Energie" zu verzeichnen (Wohnungsmieten +4,9%, Betriebskosten für Mietwohnungen +3,3%). Nach wie vor inflationssenkend wirkt die Preisent-

Die Inflationsrate lag in Österreich im Juni unverändert bei 1% und war weiterhin deutlich höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes.

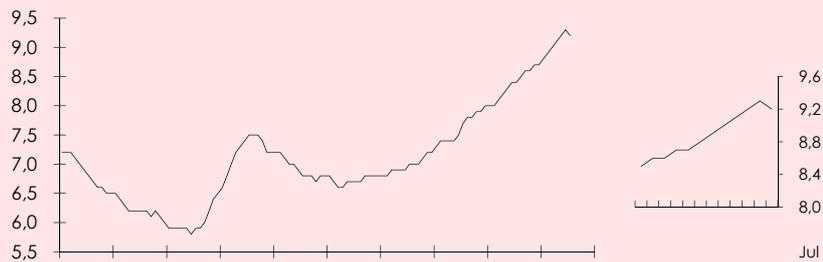
wicklung von fossilen Energieträgern, wobei Treibstoffe um fast 9% weniger kosteten als im Vorjahr.

Abbildung 4: Wirtschaftspolitische Eckdaten

Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



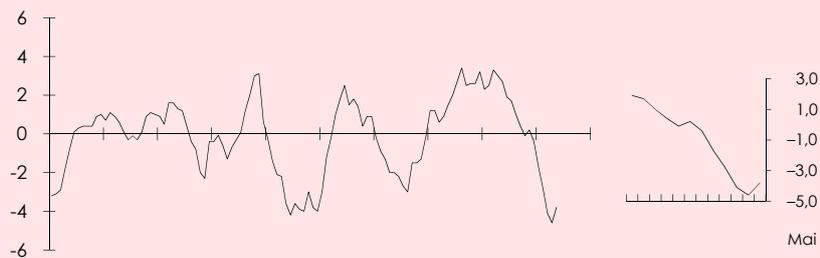
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienster, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung.

Die Berechnung des Verbraucherpreisindex nach dem europaweit harmonisierten Konzept ergab für Österreich ebenfalls eine Inflationsrate von 1%. Damit wies Österreich nach Malta (+1,1%) die zweithöchste Rate im Euro-Raum auf.

4.3 Lage auf dem Arbeitsmarkt verschärft sich weiter

Die Arbeitslosenquote steigt in Österreich weiter kräftig. Das schwache Wirtschaftswachstum kann die Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes nicht absorbieren.

Trotz schwachen Wirtschaftswachstums weitet sich die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse nach wie vor aus. Im Juli registrierte der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger über 3,5 Mio. unselbständig aktiv Beschäftigte, um fast 1% mehr als im Vorjahr. Der Vormonatsvergleich der saisonbereinigten Daten zeigt allerdings, dass der Anstieg bereits im Mai fast zum Erliegen gekommen ist.

Das Arbeitskräfteangebot wächst anhaltend aufgrund eines geringeren Zulaufs zur Frühpension, der Zunahme der Frauenerwerbsbeteiligung und des regen Zustromes von Arbeitskräften aus dem Ausland. Das zur Zeit schwache Wirtschaftswachstum schafft nicht ausreichend zusätzliche Arbeitsplätze, die Arbeitslosigkeit erhöht sich deshalb deutlich. Im Juli war die Zahl der beim AMS gemeldeten Arbeitslosen mit knapp 320.000 um 33.500 oder fast 12% höher als im Vorjahr. 2014 hatten sich allerdings zu dieser Zeit um 8.300 Personen mehr in Schulungsmaßnahmen befunden.

Nach nationaler Berechnungsmethode erreichte die Arbeitslosenquote im Juli 8,1% (Juli 2014: 7,4%). Auf Basis saisonbereinigter Daten ist keine Veränderung der Arbeitslosenquote gegenüber dem Vormonat zu erkennen. Die harmonisierte Arbeitslosenquote laut Eurostat betrug nach vorläufigen Schätzungen 6% und lag damit im Juni um 0,1% unter dem Vormonatswert.